

Tänzerin warnt vor Schreibtischtätern

Volksinitiative hatte 51 000 Unterschriften zum Erhalt der Theater gesammelt / Bildungsausschuss lud zur Anhörung

SCHWERIN Die meisten Theater im Land existieren nur noch durch den Verzicht ihrer Mitarbeiter. Keines, das nicht schon vor der Insolvenz gestanden hätte. Eine Krise jagt die nächste. Grund genug für 51 800 Bürger, vor dem Hintergrund der Zahlungsunfähigkeit des Mecklenburgischen Staatstheaters einer Volksinitiative beizutreten, die die Erhaltung aller sechs Theaterstandorte im Land fordert. Zwar sind inzwischen Landesregierung und die Stadt Schwerin dem Schweriner Theater beigegeben und haben für die nächsten beiden Jahre vier Millionen Euro zusätzlich locker gemacht, aber behoben ist die landesweite Misere nicht. Am Mittwochnachmittag hatte deshalb der Bildungsausschuss im Landtag die Initiatoren der Volksinitiative, u.a. die Stralsunder Opernsängerin Anette Uhland und den Neubrandenburger Links-Politiker Torsten Koplin, sowie 21 Theater-Praktiker, Landräte und Experten zur Anhörung eingeladen. Das ist das Recht einer Volksinitiative, wenn sie die Marke von 15 000 Unterschriften übersteigt. Ein Achtungszeichen, dass Kultusminister Mathias Brodkorb (SPD) mit seiner Hausspitze erschienen war, um sich die Sorgen anzuhören. Der Minister hat zwar kein Rederecht im Ausschuss, ist aber beauftragt, bis zum Herbst ein Theaterkonzept vorzulegen.

„Ich hoffe, dass nicht schon alle Messen gesungen sind und alle Entscheidungen gefällt“, gab der Geschäftsführer des Theaters Vorpommern, Rainer Steffens, seinen Befürchtungen Ausdruck. Er berichtete konkret, was der oben beschrie-

bene Verzicht der Mitarbeiter an seinem Haus bedeutet. Das Mehrspartentheater ist aus den Häusern in Stralsund und Greifswald hervorgegangen – und hatte einst 530 Mitarbeiter. Heute sind es 290. Und dennoch: Würden diese nicht allein in diesem Jahr zwei Millionen Euro Lohnkosten einsparen, wäre das Haus am Ende. Zufällig dieselbe Summe, die die Landesregierung nebenher dem Schweriner Theater zukommen lässt.

Ähnliche Klagen kamen von nahezu allen Anzuhörenden. Rolf Petersen, Direktor der zur Disposition gestellten Fritz-Reuter-Bühne am Mecklenburgischen Staatstheater, schilderte, wie mit sechs Schauspielern und vier weiteren Angestellten jährlich in 148 Vorstellungen 23 000 Zuschauer erreicht werden. 2010 gab es 48 Schulvorstellungen der niederdeutschen Bühne vor 3500 Schülern. Petersen warnte vor einem „Raubbau des Landes an Kultur und Bildung“. Der Chefdramaturg am Mecklenburgischen Staatstheater, Ralph Reichel, schilderte die Nöte der Schauspieler, die von 1000 Euro Netto leben müssen und dafür viel Qualität abliefern: „Wir waren in den vergangenen zehn Jahren als Theater dreimal zum Berliner Theatertreffen der europäischen Spitzentheater eingeladen. Das ist, als hätte Hansa Rostock dreimal im Pokalfinale gestanden, aber die Fußballer verdienen nur Regionalliga-Niveau.“ Reichel forderte, Kultur als Pflichtaufgabe in die Landesverfassung zu schreiben.

Wasser in den Wein goss der Direktor am Landesrechnungshof, Norbert Hem-

pel. Er warnte vor dem Kollaps. Bereits jetzt steckten Land und Kommunen 79 Millionen Euro in die Theater – weit mehr als in anderen Bundesländern. 80 Prozent seien Personalkosten. Weder Schwerin noch andere Städte könnten sich das leisten. Insbesondere die gut verdienenden Orchestermusiker müssten reduziert, Orchester fusioniert werden. Hempel forderte eine politische Entscheidung vom Land insbesondere was Rostock und Schwerin betreffe. Der Rostocker Theatergeschäftsführer Stefan Rosinski plädierte umgehend für sein Theater: „Rostock ist der Wachstumsmarkt Nr. 1 im Land und braucht Kultur, weil dieses Bundesland nur einen einzigen Standort hat, der sich überregional messen kann.“

Regelrecht verzweifelt klang hingegen Sabrina Sadowska, stellvertretende Ballettdirektorin am Theater Vorpommern. Sei 15 Jahren lebe sie mit dieser Überlebensdebatte. „Ich bin es müde. Ich warne davor, dass Schreibtischtäter etwas entscheiden, wovon sie wirklich keine Ahnung haben. Schließen Sie uns Künstler nicht aus. Wir sind mündig“, forderte sie Brodkorb auf.

Der reagierte auf Nachfrage unserer Zeitung im Nachhinein: „Es geht mir gerade darum, den Zustand der Unsicherheit, den die Theater beklagen, zu beenden. Wir wollen eine Reform, die Zukunftssicherheit über das Jahr 2020 hinaus bringt, möglicherweise auch mit einer Dynamisierung der Mittel. Die Anhörung hat mich darin bestärkt.“

Max-Stefan Koslik

Leben von der Substanz

VON MAX-STEFAN KOSLIK

Wie geht es weiter mit den Theatern? Der Bildungsausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung eine Meinung bilden und dann die Initiative beerdigen. Das Wort hört zwar die Ausschussvorsitzende Ulrike Berger von den Bündnisgrünen gar nicht gerne. Aber eines ist wahr, noch nie hat eine Volksinitiative im Land ihr Ziel erreicht.

Dennoch war die Anhörung zu den

Nöten der Bühnen im Land nicht umsonst. Berger hofft darauf, dass sie den einen oder anderen Abgeordneten auch aus der Koalition wachrüttelt. Denn es wurde mehr als deutlich, dass die Theater schon jetzt von ihrer Substanz leben. Entweder bekommen sie weitere heimliche oder öffentliche Zuschüsse, siehe Schwerin. Oder sie leben vom Lohnverzicht ihrer Schauspieler, Tänzer und Angestellten. Oft auch beides. Und das be-

reits seit einem Jahrzehnt.

Das lässt nur eine Alternative zu, zu der auch Bildungsminister Brodkorb zum Schluss kommen muss: Entweder es wird an einzelnen Theatern zugunsten anderer tatsächlich gestrichen. Das bedeutet Verzicht auf das jetzige Niveau. Oder der Landtag legt wie bei vielen anderen Dingen deutlich Geld nach. Dann hätte die Volksinitiative doch noch ihr Ziel erreicht.